

Haushaltssatzung und Bekanntmachung

der Haushaltssatzung der Gemeinde Legden für das Haushaltsjahr 2019

1. Haushaltssatzung der Gemeinde Legden für das Haushaltsjahr 2019

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), in der derzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Gemeinde Legden mit Beschluss vom 05.03.2019 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde Legden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen erhält, wird

im **Ergebnisplan** mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	13.368.501 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	13.708.899 EUR

im **Finanzplan** mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	12.274.326 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	11.982.542 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	2.524.268 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	4.645.400 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen der Finanzierungstätigkeit auf	207.304 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen der Finanzierungstätigkeit auf	285.358 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2019 zur Finanzierung von Investitionen erforderlich ist, wird auf

207.304,00 EUR

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

1.345.000,00 EUR

festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf

340.398,00 EUR

festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

1.000.000,00 EUR

festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2019 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	228 v. H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	458 v. H.

2. Gewerbesteuer auf	448 v. H.
----------------------	-----------

§ 7

(Haushaltssicherungskonzept)

(Entfällt)

§ 8

Unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 83 Abs. 1 GO NRW, über deren Leistung der Bürgermeister, sein Allgemeiner Vertreter oder der Kämmerer entscheiden, sind Beträge im Einzelfall bis zu 5.000 EUR. Bei der Überschreitung dieses Betrages ist entsprechend der Zuständigkeitsordnung die vorherige Genehmigung des Rates bzw. des Haupt- und Finanzausschusses erforderlich. Aufwendungen und Auszahlungen, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen (z. B. Gewerbesteuerumlage, Sozialhilfehaushalt) oder sich auf innere Verrechnungen, Verwaltungskostenerstattungen, kalkulatorische Kosten oder den Rechnungsabschluss (z. B. Abführung von Überschüssen an Rücklagen) beziehen, dürfen in unbegrenzter Höhe geleistet werden.

Die Wertgrenze für die Einzelveranschlagung von Investitionsmaßnahmen im Teilfinanzplan wird auf 5.000 EUR festgesetzt.

§ 9

Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung bildet jedes einzelne Produkt für sich genommen ein Budget, bestehend aus Erträgen und Aufwendungen. Es wird bestimmt, dass Mehrerträge die Ermächtigungen für Aufwendungen erhöhen und Mindererträge die Ermächtigungen für Aufwendungen vermindern. Das Gleiche gilt für die zugehörigen Einzahlungen bzw. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Mehreinzahlungen für Investitionen berechtigen zu Mehrauszahlungen für Investitionen. Mindereinzahlungen reduzieren die Ermächtigung für Auszahlungen.

Eine Verrechnung von Ermächtigungen für konsumtive Zwecke mit den Ermächtigungen für investive Zwecke und umgekehrt ist nicht möglich.

Ausgenommen von dieser Budgetregelung sind die Aufwandsermächtigungen für

- Personal- und Versorgungsaufwendungen
- bilanzielle Abschreibungen
- interne Leistungsverrechnungen.

Diese Aufwandsarten bilden getrennt für sich Teilplan übergreifend ein Budget und sind insofern der einzelnen Produktbewirtschaftung entzogen.

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 mit ihren Anlagen wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Haushaltssatzung ist mit ihren Anlagen gemäß § 80 Abs. 5 Gemeindeordnung NRW dem Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde in Borken angezeigt worden. Die Aufsichtsbehörde hat mitgeteilt, dass von ihr keine Bedenken bestehen, die angezeigte Haushaltssatzung bekannt zu machen.

Der Haushaltsplan liegt gem. § 80 Abs. 6 GO NRW im Anschluss an diese öffentliche Bekanntmachung bis zum Ende der Auslegung des Jahresabschlusses 2019 gem. § 96 Abs. 2 GO NRW während der Dienststunden im Rathaus der Gemeinde Legden, Zimmer 13, zur Einsichtnahme öffentlich aus. Zudem ist er unter der Adresse www.legden.de im Internet verfügbar.

Hinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- eine vorgeschriebene Genehmigung oder Anzeige fehlt
- diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden
- der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Legden, 16. Mai 2019

Friedhelm Kleweken
Bürgermeister